

**Schriftliche Anfrage betreffend Gleichstellungskommission Basel-Stadt – wo bleibt die Gleichberechtigung?**

13.5269.01

Gemäss Kantonsblatt vom 12.06.2013 wurde die regierungsrätliche "Gleichstellungskommission Basel-Stadt" neu bestellt. Die Gleichstellungskommission hiess bis im Herbst 2012 noch Frauenrat und hat gemäss Homepage den Auftrag, sich für die Chancengleichheit von Frauen und Männern einzusetzen.

Erstaunlicherweise sind von den 18 ordentlichen Mitgliedern nur gerade fünf Personen dem männlichen Geschlecht angehörend. Diese Tatsache erstaunt, sollte doch eine Gleichstellungskommission mit gutem Beispiel vorangehen und dafür sorgen, dass die Vertretung in diesem Gremium ausgewogen ist - insbesondere da heute bewiesen ist, dass durch die überdurchschnittliche Förderung des weiblichen Geschlechts, gerade an den Schulen, das männliche Geschlecht unterdrückt und benachteiligt wird. In diesem Zusammenhang muss zudem festgehalten werden, dass die Abteilung "Gleichstellung von Frauen und Männern" ebenfalls über kaum männliches Personal verfügt und somit die Gefahr besteht, dass auch dort die Interessen des männlichen Geschlechts nur schlecht berücksichtigt werden.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso wurde bei der Neubesetzung der Gleichstellungskommission nicht darauf geachtet, dass die Kommission bezüglich des Geschlechts ausgewogener zusammengesetzt wird?
2. Nach welchem Kriterienkatalog wurden die Mitglieder ausgewählt?
3. Welche fachlichen Qualifikationen bringen die Mitglieder mit?
4. Sind die Mitglieder der Kommission gleichzeitig Mitglied einer politischen Partei?
5. Falls ja, in welcher Partei?
6. Ist es Absicht, dass in der Abteilung "Gleichstellung von Frauen und Männern" im Präsidialdepartement eine verschwindend kleine Minderheit dem männlichen Geschlecht angehört?
7. Wie will der Regierungsrat aufgrund der Konstellation in der Gleichstellungskommission und der Fachabteilung im Präsidialdepartement sicherstellen, dass das männliche Geschlecht nicht unterdrückt und benachteiligt wird?
8. Teilt der Regierungsrat den Verdacht des Schreibenden, dass das eigentliche Ziel dieser Gleichstellungsorganisationen nicht die Gleichstellung, sondern die Bevorzugung des weiblichen Geschlechts ist?
9. Falls ja, wie will er dem entgegentreten?
10. Falls nein, inwiefern kann er diesen Verdacht begründet aus der Welt schaffen?

Joël Thüring